

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Kekelindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag  
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizeiliger Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

**Werbt Mitglieder! Unter einem dauernden Nachtarbeitverbot müssen die Arbeitsverhältnisse in den Bäckereibetrieben völlig neu aufgebaut werden. Also: Werbt Mitglieder!**

## Gegen die Steuerflucht.

Die Steuerflucht der besitzenden Klassen ist eine Erscheinung, die den Reiz der Neuheit längst verloren hat. Seit Jahrhunderten, seit die Staaten zur Deckung ihres Geldbedarfs Steuern ausgeschrieben, macht sich das Bestreben der Besitzenden bemerkbar, sich selbst vor dem Steuerzahlen möglichst zu drücken und den heillosen Volksschichten die ganze Steuerlast aufzubürden. Das System der indirekten Besteuerung war ein sehr geeignetes Mittel hierzu. Darum war es bei den Oberschichten sehr beliebt, bei den Unterschichten aber aufs tiefste verhaßt. Bei den Steuern hatte man eine eigenartige Arbeitsteilung eingeführt: die einen, die Beborrechteten, nannten sich die Staatserhaltenden, und bewilligten dem Staate die Steuern, die andern, die Entrechteten, mußten die Steuern aufbringen und wurden noch obendrein als die Staatsfeinde gebrandmarkt, weil sie dies System nicht länger mehr dulden wollten. Es galt nun einmal als ein unabänderliches Naturgesetz, daß jedesmal, wenn eine Steuerwelle über ein Land dahinflutet, das Wasser zwar die Anhöhen benetzt, aber doch immer in den Niederungen stehen bleibt. Wenn es nicht möglich war, die Steuern ohne weiteres auf die Schultern der Minderbemittelten abzuladen, so versah man es doch, sie in ganz jünreicher Weise auf die breiten Massen abzuwälzen. Diese Tatsache hat in früheren Zeiten sehr viel zu der Erbitterung und staatsfeindlichen Gesinnung der Unterschichten beigetragen.

Die großen Ausgaben, die der Weltkrieg mit sich gebracht hat, erfordern dringend ein energisches Andrehen der Steuerkränze. Der Steuerfiskus geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, was er besteuern könne. Eine ganze Reihe von Steuererleichterungen sind dem Reichstage vorgelegt worden, und auch in den Parlamenten der Einzelstaaten und Gemeinden sind die Steuerpolitiker eifrig auf der Suche nach neuen Einnahmequellen. Zunächst will man nach altem Herkommen natürlich die Verbrauchsgegenstände besteuern: Wein, Bier, Branntwein, Kaffee, Tee, Kakao usw. sollen bluten, dann soll auch der Verkehr und der Handel mit hohen Steuern belastet werden. Da diese Steuern aber nicht genug bringen, ist man nunmehr dazu übergegangen, auch das Vermögen und das Einkommen der wohlhabenden Leute scharf anzufassen. Besonders den durch den Krieg geschaffenen Vermögenszuwachs will man treffen. Es sind Gesetze in Vorbereitung, die den Zweck verfolgen, das werbende Kapital gründlich zu besteuern und aus der besitzenden Klasse möglichst viel Geld herauszuholen. Dieses Bestreben findet außerhalb der davon betroffenen Kreise allgemeinen Beifall, und besonders, wenn es sich darum handelt, den Kriegsgewinnlern, für die der Krieg zu einer Goldgrube geworden ist, einen möglichst großen Teil der Beute durch Steuern wieder abzunehmen, erblickt man hierin eine Tat ausgleichender Gerechtigkeit. Deshalb erfreut sich die Kriegsgewinnsteuer überall einer freudigen Zustimmung aller jener Kreise, die den Krieg als eine wirtschaftliche Schädigung kennen gelernt haben.

Man kann es verstehen, daß die Besitzenden versuchen, sich den Griffen des Steuerfiskus nach Möglichkeit zu entziehen, ebenso verständlich ist es aber auch, daß der Staat sich bemüht, die Klünne und Risse der Steuerdrücker zu verzeichnen. Nun liegt die Befürchtung vor, daß zahlreiche Großkapitalisten sich dadurch der Steuerpflicht entziehen werden, daß sie mit ihrem Vermögen aus Deutschland aus-

wandern und ihren Wohnsitz in einem Lande nehmen, wo die Steuern nicht so hoch sind. Die neutralen Länder, die vielfach am Kriege verdient haben, werden vermutlich nach Beendigung des Krieges mit weniger Steuern auskommen können, und deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß große Kapitalien dorthin abströmen werden. Um dem entgegenzuwirken, hat die Reichsregierung einen Gesetzesentwurf eingebracht, wonach Angehörige des Deutschen Reiches, die ins Ausland verzichen wollen, um die Erlaubnis hierzu einzukommen haben. Sie müssen mindestens einen Monat zuvor Anzeige erstatten, und die Erlaubnis zur Auswanderung kann verweigert werden, wenn eine begründete Annahme vorliegt, daß sich der Betreffende seiner Steuerpflicht entziehen will. Falls die Erlaubnis erteilt wird, bleibt er noch fünf Jahre nach Beendigung des Krieges in seiner Heimat steuerpflichtig und hat eine Sicherheit in Höhe von einem Fünftel seines gesamten Vermögens zu leisten. Die Steuer- und Anzeigepflicht soll sich nur auf Personen oder Gesellschaften erstrecken, die mehr als M. 30 000 Vermögen besitzen.

So anerkanntswert nun auch die Absicht ist, die die Regierung mit diesem Gesetzesentwurf verfolgt, so zweifelhaft erscheint es doch, ob diese Absicht damit erreicht werden kann. Wahrscheinlich sind die Maschen des Netzes, das die Steuerflüchtlinge einfangen soll, auch gar nicht so eng geknüpft. Es genügt offenbar nicht, nur die Freizügigkeit der vermögenden Personen zu unterbinden, es muß auch die Freizügigkeit des Kapitals unterbunden werden. Da das Kapital von der Person des Kapitalisten trennbar ist, was bei der Arbeitskraft des Arbeiters bekanntlich nicht der Fall ist, so ist es leicht möglich, durch irgendwelche Schiebungen das Kapital ins Ausland zu bringen, während der Besitzer selbst in Deutschland wohnen bleibt. Das Kapital ist seiner Natur nach international, und wenn auch der Krieg den internationalen Kapitalismus zeitweilig auseinandergerissen hat, so wird in der künftigen Friedenszeit doch der internationale Charakter wieder zum Vorschein kommen. Wünschenswert ist es deshalb, schon während des Krieges die großen Vermögen und Einkommen scharf anzupacken, um so viel herauszuholen, wie nur irgend möglich. Es ist ja ein Skandal, daß zahlreiche Leute den Krieg geschäftlich in der unverschämtesten Weise auszunutzen versuchen, und es wäre ein schreiendes Unrecht, wenn man ihnen gestatten wollte, den Raub in Sicherheit zu bringen und in Ruhe zu verzehren, während die große Masse des Volkes ungeheure Steuern aufbringen muß, um Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Sollte der Staat hiergegen nicht die schärfsten Maßregeln ergreifen und die menschlichen Raubtiere mit ihrer Beute ziehen lassen, so würde das die ohnehin schon hoch genug gesteigerte Erbitterung auf die Spitze treiben. Der Kampf des Staates gegen die Steuerflucht der Reichen verdient die Unterstützung aller umsichtigen Volkskreise. Ebenso wie man dem Räuber aus den Unterschichten, der noch in den militärpflichtigen Jahren steht, die Auswanderung verbietet, ehe er seinem Lande die Blutsteuer bezahlt hat, ebenso muß es auch den Besitzenden unmöglich gemacht werden, sich der Steuerpflicht zu entziehen und der großen Masse das Aufbringen der Steuerlasten zu überlassen. Hier darf keine Rücksicht walten, nur das schärfste Zupacken vermag zu verhindern, daß die Räuber am Volksvermögen den Staat um die Steuer pressen und sich noch obendrein ins Häuschen lachen.

## Betriebsunfälle in der Nahrungsmittelindustrie in den Jahren 1915 und 1916.

Nach der amtlichen Statistik bestanden in Deutschland als Träger der Unfallversicherung 1915 und 1916 68 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Zweiganstalten und 49 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, ferner 1915 191 und 1916 193 staatliche Ausführungsbehörden, sowie 1915 378 und 1916 379 Ausführungsbehörden von Gemeinden und Gemeindeverbänden. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung rechnet auf Grund der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1907 mit 17 403 000 versicherten Personen, doch ist diese Zahl zur Berechnung von Relativsätzen der Unfallhäufigkeit unwichtig. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften waren 1915 7 547 335 und 1916 7 442 518 Personen versichert, bei den Ausführungsbehörden 1915 1 194 243 und 1916 1 231 052 Personen.

Die Zahl sämtlicher überhaupt gemeldeten Unfälle betrug:

	1915	1916
Bei den Berufsgenossenschaften .....	527 139	534 537
" " Zweiganstalten .....	1 049	981
" " Ausführungsbehörden .....	64 316	70 502

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein wurden Unfälle gemeldet:

	Uebersicht	Auf je tausend Versicherte	Vollarbeiter*
1915 .....	427 994	56,7	64,0
1916 .....	439 485	59,1	65,6

Die relative Zahl der gemeldeten Unfälle, die auf je 1000 Versicherte oder Vollarbeiter trifft, war in den Kriegsjahren größer als in den vorhergegangenen Jahren, und sie hat auch zugenommen. Die Zahl der auf die gleiche Anzahl von Versicherten oder Vollarbeitern treffenden in dem einzelnen Rechnungsjahr erstmalig entstandenen Unfälle weist infolge der Erschwerungen in der Erlangung von Entschädigung keine Zunahme auf. Die schweren Unfälle, die den Tod zur Folge hatten, nahmen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 6373 1913 auf 5593 1915 ab und 1916 wieder auf 6426 zu, wobei beachtet werden muß, daß infolge des Krieges die Zahl der Versicherten um etwa 3/4 Millionen zurückging. Auf 100 000 Vollarbeiter trafen tödliche Unfälle: 1913 69, 1914 72, 1915 84 und 1916 96. Unfälle, die dauernde Erwerbsunfähigkeit nach sich zogen, kamen auf 100 000 Vollarbeiter: 1913 246, 1914 250, 1915 249 und 1916 277.

Der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft gehörten an: 1915 34 542 Betriebe mit durchschnittlich 261 866 versicherten Personen oder 242 860 Vollarbeitern und 1916 36 866 Betriebe mit 261 105 versicherten Personen oder 235 448 Vollarbeitern.

Die Zahl aller Unfälle, die in dieser Gewerbebranche gemeldet wurden, und die relative Zahl auf je 1000 Versicherte und 1000 Vollarbeiter war wie folgt:

	Unfälle überhaupt	Unfälle auf je tausend Versicherte	Vollarbeiter
1915 .....	6738	25,7	27,7
1916 .....	5994	28,0	25,5

Weniger gering war die Zahl der erstmalig entstandenen Unfälle; sie betrug 1915 645 und 1916 788 oder 1915 35 und 1916 34 auf je 10 000 Vollarbeiter. Der Zunahme der Frauenarbeit in der Kriegszeit entsprechend, war 1915 und 1916 die Zahl der weiblichen Versicherten, unter jenen, die zum erstenmal Unfallentschädigung bekamen, ziemlich groß. Auch eine ansehnliche Zahl von Jugendlichen unter 16 Jahren erlitt entschädigungspflichtige Unfälle. Wie sich die Verletzten, die zum erstenmal entschädigt wurden, nach Geschlecht und Alter gruppieren, zeigt die folgende Tabelle:

\* Ein Vollarbeiter wird zu 300 Arbeitstagen gerechnet.



Table with 3 columns: Category, 1915, 1916. Rows include: Erwachsene: männlich, weiblich; Jugendliche: männlich, weiblich.

Die Jugendlichen unter 16 Jahren bildeten 1915 6,6 pSt. und 1916 8,7 pSt. aller zum erstenmal für Unfälle entschädigten Personen.

Die Zahl aller Unfälle, für die im Laufe des Jahres Entschädigung gezahlt wurde, einschließlich der aus den Vorjahren herübergenommenen Fälle, betrug in der Nahrungsmittelindustrie 1915 4508 und 1916 4592; es trat mithin eine Zunahme um 84 ein.

Nach den Unfallfolgen gruppierten sich die in den beiden Jahren erstmalig entschädigten Verletzten wie nachstehend angegeben:

Table with 3 columns: Folgen der Verletzung, 1915, 1916. Rows include: Tod, Dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit, Vorübergehende.

Als dauernd und vollständig wird seitens der zuständigen Instanzen die Unfallinvalidität nur mehr ganz selten betrachtet. Jeder Krüppel gilt wieder als arbeitsfähig.

Die Hinterbliebenen Geschädigter, für die in dem betreffenden Geschäftsjahr zum erstenmal eine Rente gezahlt wurde, waren:

Table with 3 columns: Category, 1915, 1916. Rows include: Witwen, Kinder oder Enkel, Eltern und andere Verwandte aufsteigender Linie, Zusammen.

Die meisten entschädigungsplfähigen Unfälle in der Nahrungsmittelindustrie werden alljährlich durch Motore, Transmissionen und Arbeitsmaschinen verursacht; am nächsten häufig sind Unfälle, die durch Fall auf ebener Erde oder in Vertiefungen oder von erhöhten Standpunkten verursacht werden.

Table with 3 columns: Betriebsbeschädigungen und Vorfälle, bei denen sich die Unfälle ereigneten, 1915, 1916. Rows include: Motore, Transmissionen usw., Fall auf ebener Erde, Hebeapparate, Sprengstoffe, Feuergefährliche Stoffe usw., Zusammenbruch, Herabfallen oder Umfallen von Gegenständen, usw.

Die Summe der von der Nahrungsmittelindustrie-Versicherungsgesellschaft ausgezahlten Entschädigungen machte 1915 M 989.914 und 1916 M 1.008.006 aus. Von diesen Summen trafen auf:

Table with 3 columns: Entschädigungen bei Todesfällen, Heilverfahren, Renten an Verletzte, 1915, 1916.

Unfallversicherung, Feststellung von Entschädigungsansprüchen und ähnliche Zwecke erforderlichen 1915 M 38.329 und 1916 M 46.473, die Kosten von Verfahren betragen 1915 M 5616 und 1916 M 4709, für Unfallversicherung wurden 1915 M 46.905 und 1916 M 40.220 ausgegeben, für Verwaltung 1915 M 225.638 und 1916 M 225.370.

Der Frankfurter Lohnbewegung.

Es ist kaum nötig die Verlogenheit der Frankfurter Jahreshöhe, über Lohnbewegungen und andere wichtige Ereignisse große Abhandlungen in der Nachgelung zu veröffentlichen. Jedoch mehrere Kriegsteilnehmer - Kollegen, die in den letzten Wochen hier auf Urlaub weilten - wünschten eingehendere Berichte über die Lohnbewegung und über die Lohnverhältnisse.

Die Verhandlung am Montag, den 18. d. M., mit der Einleitung der Lohnbewegungen in Frankfurt, Ost und West. Der Frankfurter wurde beschlossen, Bewegungen einzuleiten und vor allen Dingen an die Bäckereibewegung heranzutreten. Die geschlossenen Abschlüssen und weitere Schritte sollten von weiteren Besprechungen abhängig gemacht werden.

Kurz vor dem Ende der Verhandlungen eine unverständliche Ausrede über die Meinungen kam, und Anfang Juli war die große Verhandlung, in der die Verhandlungen formalisiert wurden, um nächsten einer Generalversammlung der Innungsmitglieder zur Festlegung zu unterbreiten. Ende Juli traten die beteiligten verschiedenen Kommissionen zur unabhängigen Sachverständigen zusammen.

Wegel und Nieder. Nach längeren Verhandlungen kam sodann folgende Vereinbarung zustande:

- Frankfurt a. M., den 25. Juli 1918. Zwischen der Bäckereiinnung zu Frankfurt a. M. einerseits und dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren nebst Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Frankfurt a. M., andererseits, wurde folgendes vereinbart: 1. Die Mindestwachenlöhne für Schiefer betragen M 45 und für Teigmacher M 40. 2. Letzte Gehilfen (Vierter) erhalten M 35 Mindestlohn, jedoch kann für ausgearbeitete Gehilfen bis ein Jahr nach Beendigung der Lehrzeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besondere Abmachung stattfinden. 3. Bäckerhilfsarbeiter erhalten zu ihrem bisherigen Wochenverdienst eine weitere Zulage von M 2 bis M 3. 4. Gehilfen, welche abgerichtete Mindestwachenlöhne bisher schon hatten, erhalten folgende Teuerungszulagen: a) verheiratete Gehilfen M 5 pro Woche, b) ledige Gehilfen M 3 pro Woche. 5. Bei Schiefern mit M 50, Teigmachern mit M 45 und Vierteln mit M 40 und darüber pro Woche regeln sich diese vorher erwähnten Zulagen nach Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tage des Ab- (Unter-)schlusses in Kraft.

Mit dieser Vereinbarung haben wir einen ansehnlichen Erfolg erreicht, wenn auch bei weitem nicht das, was zum Ausgleich der heute so gewaltigen Verrentung aller Lebens- und Bedarfsartikel notwendig gewesen wäre.

Die Einzelzulagen belaufen sich auf M 3 bis M 8 pro Woche. Den Friedenslöhnen gegenüber beträgt die Steigerung 50 pSt. und darüber, und die Großbetriebe können jetzt einmal Vergleiche darüber anstellen, ob sie von einem "Verlöschen" der Kleinbetriebe leben können. Wir glauben

Keine Beitragsrente! Jedes Mitglied soll die laufenden Beiträge laut Statuts im voraus entrichten und darf gerade jetzt, wo die neuen Marken zur Einführung kommen, keine Beiträge schulden. Die Kassierer müssen die alten Marken mit der Juli-Abrechnung - spätestens also bis 15. August - der Hauptkasse zurückliefern. Nach dieser Zeit können nur neue Marken geklebt werden.

es nicht, denn in den Kleinbetrieben erreichen der Wochenlohn und die Teuerungszulage jetzt den Wochenverdienst in den meisten Großbetrieben. Und in einer Reihe von Großbetrieben ist ebenfalls das Altsystem üblich, durch welches erst der Wochenverdienst der Gehilfen steigt.

Den mehlaußenden, Frankfurter Bäckergewerkschaft! Wenn aus dieser Bewegung keiner darf ausgeschieden werden, dann werden wir weitere Erfolge trotz der Kriegsverhältnisse sicher erzielen. Immer vorwärts, auf die Höhen - das sei unsere Losung!

Beachtenswerte Worte aus dem Felde.

Die ganze Bewegung wird sich immer stärker gestalten, je länger dieses unheilvolle Dürren des Krieges dauert. Es ist nur zu wünschen, daß unsere Organisation auch der Höhe bleibe, denn der Kampf für unser Dasein wird erst recht nach dem Kriegsende empfinden und geführt werden müssen. Dann wird genau wie jetzt deutsche Dingen bleiben, welcher die meisten und geschicktesten Truppen hat. Diesen Kampf führen wir ohne Waffen und ohne Hintergedanken aus. Jetzt merken wir erst richtig das Wort: zum Kampf sind wir geboren! Nach dem jetzigen Wert des Geldes war die Erhöhung der Beiträge unumgänglich notwendig. Können Sie das nicht gestehen werden, was für weitere Zeiten die Hauptfrage ist. Zum Kriegführen brauchen wir Geld. Die kolonialen Entbehrungen und Löhne, die wir an der Front zurzeit bringen, müssen auch bei dem Kameraden zu Hause die Lebensgrundlage auslösen, das sagt mehr als je zur Nahme der Organisation schweben werden nun. Nur eine gut gedachte, geschlossene Arbeiterbewegung auf internationalem Boden wird uns ferner vor solchen schicksalsschweren Schüssen und die Sicherung zu einem menschenwürdigen Dasein ermöglichen. Grenadier Fritz Härtle.

Resultat der Vertreterwahlen für den Beirat.

Die Wahlen der Vertreter (Stellvertreter) in den Beirat haben laut Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 28 der "Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung" in den Verbandsorten vom 21. bis 27. Juli stattgefunden. Das Ergebnis ist folgendes:

- Bezirk Danzig, Breslau, Götting. Abgegeben 205 Stimmen. Gewählt wurde als Vertreter Karl Döwe (Breslau) mit 110 Stimmen, als Stellvertreter Hermann Kolbe (Zagan) mit 137 Stimmen. Außerdem erhielten Kasfen 95 und Börner 61 Stimmen. Bezirk Berlin, Magdeburg, Halle. Abgegeben 152 Stimmen. Die Wahl des Vertreters blieb unentschieden. Stichwahl zwischen E. Müller (Magdeburg) 61 und H. er m. Viele Halle, 46, Di (Zeit) 45 Stimmen. Als Stellvertreter wurde gewählt Himmelhilf (Magdeburg) mit 105 gegen Glunde (Merieburg) mit 46 Stimmen. Bezirk Hamburg, Kiel, Hannover, Bremen. Abgegeben 168 Stimmen. Gewählt wurde als Vertreter Weiermann (Hannover) mit 89 gegen Schari (Bremen) mit 78 Stimmen, als Stellvertreter Garbach (Hannover) mit 82 gegen Hübner mit 74 Stimmen. Bezirk Leipzig, Dresden, Chemnitz, Gera. Abgegeben 72 Stimmen. Gewählt wurde als Vertreter

Arno Köster (Chemnitz) mit 72 Stimmen und als Stellvertreter Adolf Schäfer (Planen) mit 47 Stimmen.

Bezirk Erford, Offen, Söth. Abgegeben 224 Stimmen. Gewählt wurde als Vertreter Franz Spacht (Wietfeld) mit 136 gegen Winter (Eberfeld) mit 55, Born (Effen) 30, Deilmann (Söth) 2 Stimmen, als Stellvertreter Josef Dübber (Erford) mit 140 gegen Keutner (Eberfeld) 37, Röhling (Effen) 3 Stimmen.

Bezirk Frankfurt a. M., Wiesbaden. Abgegeben 64 Stimmen. Als Vertreter wurde gewählt Anton Wohlhauer (Wiesbaden) mit 61 Stimmen, als Stellvertreter Adam Meißter (Darmstadt) mit 28 Stimmen. Außerdem erhielten auf Franz Breinlich (Cassel) 29 Stimmen. Da sich jedoch Breinlich zurzeit beim Heeresdienst befindet, kann seine Wahl nach den Verbandsbeschlüssen nicht in Betracht kommen.

Bezirk Mannheim, Straßburg, Stuttgart. Abgegeben 257 Stimmen. Als Vertreter wurde gewählt Georg Strobel (Mannheim) mit 146 gegen Karl Stahl (Stuttgart) mit 111 Stimmen, als Stellvertreter Hans Gallingner (Straßburg) mit 246 Stimmen.

Bezirk Nürnberg, München. Abgegeben wurden 111 Stimmen. Gewählt wurde als Vertreter Hans Gumpendobler (Regensburg) mit 111 Stimmen, als Stellvertreter A. Oberpriller (Landshtut) mit 87 Stimmen.

Die Wahlstellen in den Bezirken Berlin, Magdeburg, Halle haben Stichwahl am Sonntag, 11. August, vorgenommen. Zur Wahl traten P. Müller (Magdeburg) und Hermann Viele (Halle).

Das Wahlergebnis ist nach vollzogener Wahl sofort an Unterzeichneten einzusenden. A. Lautes, Wahlleiter.

Die Erhöhung der Mehlration.

Die allgemeine Tagesration an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung ist vom 19. August ab um 40 g erhöht und auf 200 g festgesetzt worden. Die Verteilung gilt zunächst bis zum 30. September 1918. Eine Zuteilung von Brotbackmitteln kann vorläufig nicht erfolgen. Die Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter bleiben in bisheriger Höhe bestehen.

Die Ausgabe der Reichsbrotmarken, von denen zurzeit vier Stück = 200 g Gebäck für den Tag und Kopf zur Verteilung gelangen, ist vom 19. August ab auf fünf Stück = 250 g Gebäck erhöht worden, so daß die Wochenration am Gebäck 1750 g beträgt.

Die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1917.

Zu unserem Leitartikel unter dieser Überschrift in Nr. 29 finden uns Kollege Kitzmann folgende Ergänzung seiner in der Sitzung mit dem Arbeitervertreter gemachten Ausführungen:

Krankentassen und Berufsgenossenschaften müssen Hand in Hand arbeiten. Die Krankentassen werden durch Unfälle, welche weniger als 13 Wochen Behandlung bedürfen, hart in Mitleidenschaft gezogen. Die Berufsgenossenschaften müssen den Krankentassen das Material überlassen, damit im Falle eines Verschüdens des Unternehmers die Krankentasse ihre Auslagen zurückfordern kann. Die Krankentassen sind nicht in der Lage, die Betriebe betreffs Unfallversicherung zu kontrollieren.

Darauf ist man sich schuldig geworden, daß der nächste Unfall, der in Dresden in der Nahrungsmittelindustrie vorkommt, der Krankentasse mit den nötigen Unterlagen überwiesen werden soll.

Zu obigen Ausführungen des Kollegen Kitzmann sei noch bemerkt, daß allerdings die Krankentassen nicht in der Lage sind, die Betriebe auf ihre Unfallversicherung zu kontrollieren. Aber nach § 1562 der Reichsversicherungsordnung können sie an der Unfallversicherung mit teilnehmen. Wenn dabei die Kassen allgemein Gebrauch machen, so liegt das nicht allein im Interesse der Verletzten, sondern auch in dem der Kassen.

Zur Arbeitslage.

Der Geschäftsgang in der deutschen Industrie hat durch den stetigen Bedarf für Kriegszwecke eine gewisse Stabilität erreicht, und so zeigen die Berichte für die letzten Monate das gleiche Bild wie alle Monate zuvor. Es herrscht lebhafter Geschäftsgang im Berg- und Hüttenwesen, in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, in der elektrischen und chemischen Industrie.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie war den an sie gestellten Anforderungen durchweg gemessen; dies zeigt sich in den Steigerungen, zum Beispiel im Eisenbahnwagenbau und in der Motor- und Kraftwagenindustrie. Ungünstig ist nach wie vor die Lage im Spinnstoffgewerbe und in der Bekleidungsindustrie. Die Rüstungsergebnisse über die Arbeitslage liegen erst für den Monat Mai und den Anfang des Monats Juni vor und zeigen folgendes: Die Nachstellungen der Krankentassen laßen für die am 1. Juni in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Mai eine Zunahme um insgesamt 6309 Beschäftigte oder 0,1 vom Hundert erkennen. Von dieser - ursprünglichen - Zunahme entfallen 2599 Personen auf das männliche, 3710 Personen auf das weibliche Geschlecht. Die Zahlen bedeuten gegen die Vormonate eine Abschwächung; eine solche tritt jedoch alljährlich um diese Zeit ein.

Die Arbeitslosen-Ziffer betrug am 1. Juni nach den Feststellungen von 32 Kreisverbänden mit 1.192.964 Mitarbeitern 0,5. Im Vormonat wurde die gleiche Ziffer ermittelt. Im Vorjahr betrug die Ziffer 1,0. Der Stand der Arbeitslosen ist also ein günstiger. Die Statistik der Arbeitslosen ist jetzt im Monat Mai eine Abnahme der Arbeitslosen-Ziffer. Auf 190 Stellen kamen bei den männlichen Personen 59 Arbeitslose hinzu (gegen 62 im Vormonat), bei weiblichen (Schlecht) entfielen auf 109 Stellen 85 Arbeitslose (gegen 60 im Vormonat).

Die Preise der Verbrauchsgüter sind in den letzten Monaten, Polen und Mecklenburg-Schwerin nicht



sonders. In Westpreußen stieg das Stellenangebot für Männer, in Württemberg zeigt die für die Arbeitssuchenden günstige Lage weitere Fortschritte, in Baden trat ein Rückgang in Angebot und Nachfrage ein. Aus den übrigen Gebieten sind keine besonderen Berichte eingegangen.

Für Bäcker und Konditoren sind bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung dieser Berufe befassen, im Monat Mai 1772 offene Stellen gemeldet worden, denen 2093 Arbeitssuchende gegenüberstanden. Besetzt wurden 1374 Stellen.

Auf je 100 offene Stellen entfielen 118 Arbeitssuchende gegen 99 im Mai 1917 und 148 im April 1918. Gegenüber dem Vormonat trat eine starke Abminderung der Arbeitslosigkeit ein; im Vergleich mit dem Vorjahre jedoch eine bemerkenswerte Zunahme. Die Schwankungen sind auf besondere Umstände zurückzuführen; wesentliche Veränderungen in der Lage des Gewerbes sind infolge der allgemeinen amtlichen Regelung nicht zu verzeichnen. Wie sich die Vermittlungstätigkeit für Bäcker und Konditoren in den einzelnen Landesgebieten gestaltet, zeigt folgende Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Landesgebiete, Arbeits-suchenden, offenen Stellen, besetzten Stellen, Auf jede offene Stelle entfielen Arbeit-suchende. Rows include Provinz Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenb., Provinz Pommern, etc.

Ueber den Gesamtdurchschnitt von 118 Arbeitssuchenden auf 100 Stellen stehen die Gebiete Westpreußen, Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland, Bayern, Sachsen, Thüringische Staaten, Lübeck, Bremen und Hamburg. Am größten war — relativ betrachtet — der Andrang Arbeitssuchender in Westfalen, am geringsten in Württemberg. Bemerkungen über den niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit in Württemberg liegen nicht vor; der Bericht des königlichen Statistischen Landesamts Württemberg zeichnet sich überhaupt durch seine „Kürze“ aus; er enthält stets nur einige allgemeine Bemerkungen; eine Berichterstattung über die Lage einzelner wichtiger Berufe hält das Landesamt anscheinend nicht für notwendig. In Hessen und Hessen-Nassau war Mangel an Schickern und anderen selbständigen Kräften; andere Arbeitssuchende sprachen genügend vor.

Nach den Berichten der Krankenkassen trat bei den weiblichen Berufen eine Abnahme der Beschäftigten ein, während sich die Zahl der männlichen Beschäftigten etwas vermehrte. Bei 3 Ortskrankenkassen für Bäcker waren am 1. Juni 657 männliche und 872 weibliche Personen gemeldet. Das ist gegen den Vormonat eine Zunahme der männlichen Personen um 1,9 vom Hundert und eine Abnahme der weiblichen Personen um 15,4 vom Hundert. Bei 149 Krankenkassen für Bäcker waren am 1. Juni 22 568 männliche und 12 564 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder. Kranke und Wöchnerinnen sind nicht mitgerechnet. Gegen den Vormonat trat eine Abnahme von 0,2 und 0,7 vom Hundert ein. Der Mitgliederstand blieb danach bei den Krankenkassen fast stabil. Nehulich ist es bei den Betriebskrankenkassen für das Nahrungsmittelgewerbe. Die Zahlen sprechen dafür, daß im Berichtsjahre im allgemeinen keine wesentlichen Schwankungen in der Arbeitslage vorgekommen sind.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 29. Juli bis 3. August gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein: Für Juni: Waldenburg M. 62,88, Schmölln 16,40, Harburg 53,33. Für Juli: Lüneburg M. 32,25, Landsberg a. d. W. 2,50, Gotha 98,05, Hamburg 2169,94, Neudorf-Gimsborn 16,50. Von Einzelzahlern der Hauptkassa: J. G. Altenböge M. 5. Für Abonnements und Annoncen: Lüneburg M. 3,30, Gotha 3,30, Liebig & Co. Leipzig 93,60. Für „Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung“: Gotha M. 3. Für Protokolle vom Verbandstag: Harburg M. 2, Gotha 8,40. Der Hauptkassier: D. Freitag.

Sterbetafel.

Dresden. Albert Butze, am 29. Juli. Wilhelm Paphal (Dresden), Bäcker, infolge Unfalles. Halle a. d. S. Fritz Martin, Bäcker, am 28. Juli. Magdeburg. Marie Zehle, Arbeiterin, am 30. Juli. Nürnberg. Karl August Hunger, 67 Jahre alt, am 12. Juli.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Berlin. Ferdinand Schreiber (Fürstwald), Bäcker, gestorben in einem Lazarett. Bezirk Dresden. Leopold Prantner, gestorben in einem Lazarett. Bezirk Kiel (Zahlstelle Flensburg) meldet als gefallen: J. Jöns, M. Lorenzen, And. Christiansen. Bezirk Leipzig. Richard Rothe (Schmölln), gefallen am 12. Juli. Bezirk Magdeburg. Wilhelm Grundmann, Bäcker, 28 Jahre alt, gefallen am 28. März. Bezirk Nürnberg. Paul Donath, gefallen am 19. Juli. Bezirk Strassburg. Bruno Gubhurst (Freiburg i. Br.), Bäcker, gefallen. Bezirk Stuttgart meldet als gefallen: Fritz Maier, Bäcker, 26 Jahre alt, im Juli; Fritz Walz (Zahlstelle Ellingen).

Ehre ihrem Andenken!

Fahrbewegungen und Streiks. Bäcker.

An die Brotfabrik Gebr. Joachim, Bäck & Co. in Leipzig hatten unsere Kollegen und Kolleginnen neuerdings wiederum Forderungen gestellt und eine Erhöhung des Lohnes um M. 5 pro Woche für die Bäcker und für die Arbeiterinnen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 S. gefordert. Weiter sah die Forderung die Erhöhung der Feuerungszulage für die Bäcker um M. 10 pro Monat und

Im August ist der im Verbandsstatut festgelegte Extrabeitrag für das zweite Halbjahr 1918 von jedem Mitgliede zu zahlen. Die Mitglieder werden dringend ermahnt, ihn pünktlich abzuführen; denn die Kassenverhältnisse dürfen sich in der jetzigen ernsten Zeit nicht verschlechtern, und der Extrabeitrag dient diesem Ziele! Erfülle also jedes Mitglied noch im August seine Pflicht gegen die Organisation!

für die Arbeiterinnen die Gewährung einer Feuerungszulage von M. 10 im Monat vor. Außerdem wurde eine Verbesserzahlung der Heberstunden und die Gewährung von Ferien für alle, welche bis zum 1. Oktober ein Jahr im Betrieb tätig sind, verlangt. Die Firma verhandelte mit dem Arbeiterausschuß, und das Ergebnis ist eine Lohnzulage für die Bäcker um M. 4 pro Woche und für die Arbeiterinnen pro Stunde 5 S. Die Heberstunden erhöhen eine Verbesserzahlung um 10 S. die Stunde. Ferien wurden den Bäckern gewährt, soweit es der Betrieb zuläßt, andernfalls soll ein doppelter Lohn gezahlt werden. Ferien für die Arbeiterinnen lehnt die Firma ab. Das ist um so bedauerlicher, als die Firma die gleiche Arbeit von den Arbeiterinnen verlangt, wie sie die Bäcker leisten müssen. Die Firma hätte somit Einsicht haben müssen, daß, wenn sie gleiche Leistung verlangt, für die Arbeiterinnen bei ihrer schwereren Arbeit Ferien auch notwendig sind.

Der Lohn stellt sich nun für die Bäcker pro Woche auf M. 44, hinzu kommt eine monatliche Feuerungszulage von M. 20 für Ledige und M. 25 für Verheiratete. Für die Arbeiterinnen stellt sich jetzt der Lohn auf M. 31,50, sofern sie jeden Tag zehn volle Arbeitsstunden leisten. Feuerungszulage bekommen die Arbeiterinnen nicht.

Wenn verschiedene Wünsche von der Firma nicht erfüllt worden sind, so mögen sich die bei der Firma Beschäftigten immer vor Augen halten, daß bei dem schlechten Stande der Organisation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen es der Betriebsleitung eben noch ein Leichtes ist, Forderungen, die ihr nicht passen, abzulehnen. Das mögen sich alle die, die gern das nehmen, was andere für sie herausgehoben, gesagt sein lassen und daraus lernen, daß es Pflicht ist, sich der Organisation anzuschließen! Herr Joachim ist Vorsitzender des Brotfabrikantenverbandes; er weiß, welchen Wert und Nutzen eine Organisation hat — mögen dies endlich auch alle bei der Firma Beschäftigten einsehen, und den Weg zu ihrer Organisation finden.

Aus unserm Berufe.

Ueber ein Probebrotten in der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung zwecks Herstellung der Vadausbeute bei Brot wird berichtet:

Am 3. Juli wurde auf Antrag des Magistrats Coribus, Abteilung Lebensmittelamt, in der Versuchsbäckerei im Beisein eines Herrn Vertreters des Magistrats und der Bäckereivereinigung der Stadt Cottbus und vom Vertreter der Bäckereivereinigung Berlin eine Probebäckung veranstaltet, die entscheiden sollte, welche Vadausbeuten zwei angegebene Rechenmischungen ergaben:

Versuch I: Die Rechenmischung setzte sich zusammen aus 75 pZt. Roggenmehl (94prozentig), 15 pZt. Strohmehl (1/2 Mais, 1/2 Kartoffelmehlmehl), 10 pZt. Weizenmehl (94prozentig). Versuch II: Die Rechenmischung bestand aus 50 pZt. Roggenmehl (94prozentig), 40 pZt. Gerstenmehl, 10 pZt. Strohmehl (wie oben).

Beide Versuche wurden mit 75 kg Mehl netto angefertigt ausschließlich Weizenmehl.

Die Gärferung war die in der Versuchsbäckerei im praktischen Betriebe übliche mit einem Grundfauer über Nacht.

Versuch I ergab folgende Werte: 75 kg Gesamtmehl, 1077 kg Weizenmehl, also 76,077 kg insgesamt ergaben 126,8 kg Teig, entsprechend einer Teigaussbeute von 166 1/2

107,7 kg Brot, entsprechend einer Gebäusaussbeute von 141 1/2, nach einer Stunde gemessen.

105,6 kg Brot, entsprechend einer Gebäusaussbeute von 138 1/2, nach 24 Stunden gemessen.

Es wurden 63% freigegebene Brote erbacken; die Brote blieben genau eine Stunde im Ofen.

Versuch II ergab folgende Werte: 75 kg Gesamtmehl, 1,062 kg Weizenmehl, also 76,062 kg insgesamt ergaben 126 kg Teig, entsprechend einer Teigaussbeute von 165 1/2.

105,5 kg Brot (eine Stunde), entsprechend einer Gebäusaussbeute von 138 1/2.

103,0 kg Brot (24 Stunden), entsprechend einer Gebäusaussbeute von 136, bei ebenfalls 63% Broten.

Auf brutto Mehl, also auf 98 kg Mehl berechnet, errechnet sich bei Versuch I eine Aussbeute von fast 136, bei Versuch II eine Aussbeute von fast 134.

Im Durchschnitt wurde danach eine Aussbeute von 135 erzielt. Das verwendete Mehl hatte bei Versuch I einen Wassergehalt von 18 pZt., bei Versuch II einen Wassergehalt von 12 1/2 pZt., während das von Cottbus mitgebrachte Gesamtmehl einen Wassergehalt von 13 1/2 pZt. aufwies. Alle drei Mehle haben demnach praktisch annähernd denselben, allerdings ziemlich niedrigen Wassergehalt, der im Durchschnitt zurzeit 14 1/2 pZt. betragen dürfte. Für ein feuchteres S. hl würde demnach die Aussbeute noch etwas erniedrigt werden.

Auf der anderen Seite ist jedoch bei den hiesigen Versuchen zu berücksichtigen, daß das erzielte Brot, trotzdem es nur eine Stunde im Ofen war, ziemlich stark ausgebacken war, so daß man, da ja die Brote in der Praxis nicht immer so gut ausgebacken werden, mit einer Aussbeute von 136 rechnen kann. In der Praxis wird man auch für Cottbus eine Aussbeute von 135 in Berechnung bringen können, die dann allerdings, wie zurzeit in Berlin, als Mindestaussbeute streng gefordert werden kann. gez.: Buchwald. gez.: Neumann.

Großindustrie.

Fünzigjähriges Jubiläum der Sarotti & Co. Am 22. Juli beging die Sarotti, Katalo- und Schokoladen-Industrie A.-G., Berlin-Tempelhof, den Tag ihres fünfzigjährigen Bestehens. Bei der Bedeutung des Betriebes für die deutsche Süßwarenindustrie wird auch unsere Mitglieder eine Darstellung der Entwicklung des Unternehmens interessieren. Wir finden darüber in der Unternehmerpresse folgendes Bild:

Am 22. Juli 1868 gründete Hugo Hoffmann, aus Schwabem Lommend, in Berlin, Dorotheenstr. 60, eine Zuckwaren- und Pralinenfabrik, in dem jetzigen Betriebe, die damals in Deutschland vorherrschenden Auslandsfabrikate durch Herstellung mindestens gleichwertiger guter Inlandsware vom deutschen Markt zu verdrängen und damit Vorbildlich für unsere Industrie zu wirken. Die Erfolge, die das Unternehmen heute zu verzeichnen hat, beweisen, daß es sich in seinem Vorstöße auf dem richtigen Wege befunden hat.

Im Jahre 1881 wurde in der Mohrenstr. 17/20, Ecke Friedrichstr., ein „Betty & Sarotti“ firmiertes Detailgeschäft erworben und die Schokoladenfabrikation aufgenommen. Für die Schokolade wie auch für die übrigen Fabrikate wurde als Marke das in der übernommenen Firma enthaltene Wort „Sarotti“ gewählt.

Im Jahre 1883, dem Jahre der Verlegung der Fabrik nach der Belle-Alliancestr. 51, schloß sich Herr Paul Tiede, aus Berlin gebürtig, als Kaufmann diesem Unternehmen an, das von da ab eine weitere fruchtige Entwicklung zu verzeichnen hatte, die selbst ein im Jahre 1881 ausgebrochener Fabrikbrand nicht zu hemmen vermochte.

Im Jahre 1903 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die mittlerweile stark in Aufnahme gekommene Sarotti-Schokolade verlangte nun dauernde Erweiterungen, so daß die Gebäude der Nachbarstr. Belle-Alliancestr. 52 und 53 hinzugezogen werden mußten. Aber auch diese Räumlichkeiten sollten nicht allzulange ausreichen für die rasche Entwicklung des Unternehmens. Die Räume wurden für die Fabrikation zu eng, und so entschloß man sich, die Fabrikation in der Belle-Alliancestr. gänzlich einzustellen und einen Neubau in Tempelhof, am Teufelskanal gelegen, zu errichten. Dieser Neubau wurde dann auch schon im Jahre 1912 bezogen und der Fabrikation zur Verfügung gestellt. Leider konnte weder Herr Hugo Hoffmann noch Herr Paul Tiede die Inbetriebnahme des gewaltigen und nach den heutigen Gegebenen der Hygiene gerichteten Fabrikgebäudes miterleben. Herr Hugo Hoffmann wurde am 24. Dezember des Jahres 1911 und Herr Paul Tiede am 1. April des Jahres 1912 durch den Tod der Firma entzogen. Was sie für die ganze Industrie, speziell aber für ihr Unternehmen geleistet haben, ist allgemein bekannt.

Im Jahre 1914 wurde der reguläre Betrieb durch den Krieg unterbrochen, und es galt, da das Eintreten einer Knappheit an Rohmaterialien voraussehen war, sich rechtzeitig nach Ersatzfabrikaten umgesehen. Dies ist der Firma im vollen Umfange gelungen, so daß sie heute, trotz des Mangels an den früher zur Verarbeitung gelangten Rohmaterialien, noch über 1000 Angestellte zu beschäftigen in der Lage ist.

Der heutige Vorstand besteht aus den Herren Max Hoffmann und Richard Zander. Sie haben es sich angelegen sein lassen, das von der früheren Leitung des Unternehmens gesteckte Ziel nach denselben Grundsätzen zu verfolgen und auch der Arbeiterfürsorge das gleiche Interesse zu widmen.

Die in Tempelhof belegene Fabrik ist auf einem 42 000 Quadratmeter großen Grundstück errichtet; der Betrieb ist für 2000 PS. eingerichtet, und die Zahl der in der Friedenszeit beschäftigten Arbeiter belief sich auf etwa 2500.

Korrespondenzen.

Lübeck. Am 28. Juli tagte im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit der Frage befaßte: „Wie stellen wir uns zu den vom Reichsministerium geplanten Maßnahmen, betreffend die weitere Zusammenlegung der Kleinbetriebe, und wie zu den für unsere Kollegen ersiehenden Nachteilen?“



Der Referent, Kollege Kaufmann, Kiel, ging zunächst auf die Gründe ein, die zur Zusammenlegung der Kleinbetriebe führten, und betonte, daß die Nacharbeit dabei eine Rolle gespielt habe, die wieder einzuführen von verschiedenen Seiten versucht worden ist. Dies sei jedoch durch die Wachstums unserer Organisation vollständig beseitigt worden. Es sollen nun auf Veranlassung des Reichswirtschaftsrates noch weitere Zusammenlegungen von Kleinbetrieben vorgenommen werden, um noch weitere Ersparnisse an Heizung, Licht und Arbeitskräften zu erreichen. Es sollen jedoch zu den Verhandlungen über die Zusammenlegungen von Kleinbetrieben auch die gesellschaftlichen Vertreter der Arbeiter gehört werden. In Frage kommen vor allen Dingen solche Betriebe, die nur mit Lehrlingen arbeiten. Die arbeitslos werdenden Arbeiter sollen der Bundesregierung zugewiesen werden. Hieran knüpfte sich eine sehr rege Debatte über das Lehrlingswesen überhaupt in Verbindung mit der Übernahme einer Statistik, denn es wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die Lehrlingszahl in Lübeck während des Krieges erhebliche Fortschritte gemacht habe. Es sollen gegenwärtig über 70 Lehrlinge und nur noch 11 Gejellen bei 30 Handwerksbetrieben beschäftigt sein, so daß auf einen Gejellen fast die sieben Lehrlinge entfallen würden — ein ganz ungeheures Verhältnis! Wenn man über die Zusammenlegung Verhandlungen stattfinden, soll man darauf dringen, daß keine willkürlichen Löhne bezahlt werden, sondern daß sie denen gleichen, die die Arbeit in anderen Betrieben erhalten. Den Kassenbericht gab Kollege Plömmel. Der Kassenbestand beträgt M. 692,17. Die Revisoren erklären, die Abrechnung für richtig befunden zu haben. Der Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter "Verständnis" ergriffen sich eine rege Diskussion über die Beschlüsse des Verhandlungsorgans in Leipzig. Sodann wurde die Genehmigung über den regelmäßigen Eingang der freiwilligen Beiträge von unserm im Felde stehenden Kollegen ausgesprochen. Es wurde den betreffenden Kollegen vom Kollegen Siegel im Namen der Versammlung unsere Hochachtung ausgesprochen.

**Schmerz a. M.** Am 29. Juni fand im Lokal „Zum Fährmann“ eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Kaufmann, Kiel, über die von Reichswirtschaftsrat erneuert geplante Zusammenlegung der Betriebe in gewandter Form lehrerähnliche Vorträge hielt. Da hieraus jenseitige Einwirkung beim Gejellenauswahlrecht, wurden zwei ältere Kollegen als Sachverständige in die Kommission gewählt, die das Interesse der Gejellen bei der zu erwartenden Zusammenlegung zu vertreten haben. Seitens der Teilnehmer wurde dem Referenten reges Interesse gezollt.

**Sozialpolitische.**

**Alkoholverbot und Berni.** In einer sehr bemerkenswerten Abhandlung in dem großen Werke „Die Alkoholverbote und ihre Bekämpfung in der Schweiz“, herausgegeben von der Schweizerischen Zentralkommission zur Bekämpfung der Alkoholverbote (1917), stellt Dr. med. Kirchmeier, Bern, an Hand der eidgenössischen Statistik der Unmündigenverhältnisse der männlichen Bevölkerung nach Berufsarten eine ausführliche Untersuchung über diese Frage an. Es handelt sich um längere Zeiträume, 1879 bis 1890 und 1893 bis 1900. Die Statistik ergibt unter anderem deutlich eine Abnahme über den Durchschnitt sich haltende Sterblichkeit an dieser Krankheit in den sogenannten Alkoholverboten mit ihrer erhöhten Gelassenheit zum Mißbrauch geistiger Getränke und den sonstigen Verboten, die leicht zu umgehen sind: Weinverbot, Branntwein, Küsterei, Jägergebräu usw. Hier beginnt sich der die Schwindmüch bekämpfende Kampf dieses Jahrhunderts schon im Alter von 20 bis 30 Jahren geltend zu machen. Am meisten kommt er natürlich zum Vorschein in den besten Jahren zwischen 30 und 50; dies in einer Weise, daß dann im letzten und letzten Lebensjahre in den alkoholgefährdeten Berufen die über am meisten tödlichen Elemente größtenteils gestorben sind. Ja, der Rückgang der Schwindmüchverhältnisse im letzten und letzten Lebensjahre gegenüber dem vierten und fünften dürfte gerade als natürliches Erkennungszeichen für das künftige Verkommen des Alkoholverbotens in einer Berni angehen werden. Auch sonst betont Dr. K. auf Grund der umfangreichen Untersuchungen der amtlichen Zusammenstellungen wiederholt unter den die Schwindmüch (Krankheitsverläufe) fördernden Umständen den Einfluß des Alkohols beziehungsweise seines übermäßigen Genusses. Diese Feststellungen weisen nur überaus auf den schon bisher bekannten von verschiedenen Beobachtern gemachten.

**Über den Stand der Volkssicherung** berichtet uns die Generalversammlung am 24. Juni der Vorstand:

Es sind im Jahre 1917 insgesamt 35 966 Anträge eingegangen. Davon auf Kapitalversicherungen (Tarife I bis IV) 25 966 mit einer Versicherungssumme von M. 4 653 941, auf die Sparversicherungen 2949 und auf die Haftversicherungen 91 mit einer Versicherungssumme von M. 2 768,10. Kapitalversicherungen wurden 35 624 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von M. 4 592 380, 253 Sparversicherungen und 84 Haftversicherungen mit einer Versicherungssumme von M. 45 631,29, insgesamt 35 966 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von M. 4 653 941,30. Der Versicherungsbestand liegt bis Ende 1917 auf 157 656 Kapitalversicherungen mit M. 24 552 521 Versicherungssumme, 65 335 Sparversicherungen und 1769 Haftversicherungen, insgesamt 224 760 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von M. 27 136 666. Die Prämienentnahme, die im Jahre 1916 M. 2 232 433,15 betrug, liegt im Jahre 1917 auf M. 2 132 272,29 und ergab somit eine Mehrerhebung von M. 799 571,35.

Die Prämienentnahme, die im Jahre 1916 M. 2 218 556 betrug, liegt im Jahre 1917 auf M. 2 194 477,06, also um M. 9 339,70. Das Ende 1916 M. 5 399 640,20 betragende Vermögen liegt im Jahre 1917 auf M. 2 217 166,12 und betrug Ende 1917 bereits M. 5 116 806,32. Die im Jahre 1917 von M. 4 257 331,21 auf M. 6 201 705,71. Der im Jahre 1917 erzielte Reinertrag betrug M. 359 335,38.

zeigt gegen das Jahr 1916 eine Steigerung von M. 171 914,26. Dieses Ergebnis ermöglicht eine sehr erfreuliche Stärkung der zum Nutzen der Versicherten wirkenden verschiedenen Reserven. Die Gewinnreserve der Versicherten, der im Jahre 1918 erstmals M. 46 300 zugeführt werden konnten, liegt im Jahre 1914 auf M. 96 115, im Jahre 1915 auf M. 74 885, im Jahre 1916 auf M. 126 642, und wenn ihr in diesem Jahre durch den Beschluß der Generalversammlung weitere M. 268 124 zugeführt werden, so sind in diesem Fonds M. 616 620,99 vorhanden, aus dem beim jeweiligen Versicherungsfalle die jährlich gutgeschriebenen Dividenden neben der Versicherungssumme zur Auszahlung kommen. Dem Organisationsfonds ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahre nichts entnommen worden, ihm kann im Gegenteil ein neuer fünfprozentiger Teil des Reberschusses zugeführt werden. Der Kriegsreservefonds, der Fonds für gesellschaftliche Reserven und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve werden ebenfalls erhöht werden können, und zwar in einer Weise, daß der Kriegsreservefonds Ende des Jahres 1917 auf M. 129 679,29 erhöht wird.

Die Versicherungsleistungen, die im Jahre 1916 M. 127 039,67 betragen, erforderten im Jahre 1917 für 1856 Sterbefälle M. 159 432,52. Die Verwaltung schlägt der Generalversammlung für einen eventuell nach dem Kriege notwendig werdenden Ausweis zur Sicherung einer stetigen Dividende auch in schlechten Jahren die Bildung einer besonderen Reserve im Betrage von M. 40 000 vor.

Im laufenden Jahre 1918 zeigt sich in den Geschäftsergebnissen eine weitere erfreuliche Besserung. Es sind bis jetzt schon etwa 35 000 Anträge eingebracht worden, so daß wohl in diesem Jahre mit einer Verdoppelung der abzuwickelnden Versicherungen gerechnet werden kann. Der ganze Geschäftsverlauf läßt erhoffen, daß beim baldigen Eintritt friedlicher Verhältnisse der Volksfürsorge ein planmäßiger geschäftlicher Aufschwung vorausgesetzt werden kann, wenn die bei ihrer Gründung beteiligten Organisationen auch in Zukunft so wie in den idem Jahren des Krieges an der Weiterentwicklung der Volksfürsorge mitarbeiten.

- Die Verwendung des Reberschusses im Betrage von M. 359 335,38 erfolgte in nachstehender Form:
- 1. dem geschäftlichen Reservefonds 5 v. H. .... M. 19 466,78
  - 2. dem Organisationsfonds 5 v. H. .... " 19 466,78
  - 3. dem Kriegsreservefonds 5 v. H. .... " 19 466,78
  - 4. dem Fonds für besondere Reserven 5 v. H. .... " 19 466,78
  - 5. den Altianlagen an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital ..... 40 000,—
  - 6. der Gewinnreserve der Versicherten 10 v. H. der M. 2 729 140,80 betragenden Jahreswärtigen der mit Gewinnbeteiligung Versicherten = M. 272 914,08 minus M. 4789,32 verrechnet, aber nicht zur Geschäftstätigkeit gelangener Gewinnanteile ..... 268 124,76
- Der Rest von M. 3343,65 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

**Die Gewerkerung der Sparversicherung bei der Volksfürsorge** durch das Kaiserliche Amt für Privatversicherung ist genehmigt! Die Volksfürsorge bezieht bis jetzt nur Kapitalversicherungen (keine Lebensversicherungen). Bis vor kurzem waren bei ihren Kapitalversicherungen nur Versicherungen bis zur Höchstversicherungssumme von M. 1500 zugelassen. In Anerkennung dieser Beschränkungen konnten bei der Sparversicherung jährlich nur bis zu M. 60 als Sparprämie eingezahlt werden. Nachdem das Kaiserliche Amt am 20. April dieses Jahres für sämtliche Tarife der nachgeordneten Erhöhung der Versicherungssumme auf M. 2000 zugestimmt hat, ist jetzt auch der weitere Antrag des Vorstandes der Volksfürsorge, die jährliche Sparprämie bei Sparversicherungen von M. 60 auf M. 100 zu erhöhen, ohne Aufwand genehmigt worden.

**Spätestens am 10. August**  
**ist der 33. Wochenbeitrag für 1918**  
**(11. bis 17. August) fällig.**

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**  
Donnerstag, 15. August:  
Salle a. d. E.: 8 Uhr im Gemeindefestsaal, Harz 42/44.

**Anzeigen.**

Unsern werten Kollegen, dem Bademeister  
**Theodor Göpel**  
und seiner lieben Frau  
**die herzlichsten Wünsche zur**  
**Silberhochzeit.**  
[M. 3,90] **Zahlfelle Weissenfels a. d. S.**

[M. 4,80] **Nachruf.**  
Als Opfer des Weltkrieges verloren wir in der letzten Zeit die Kollegen  
**J. Jöns**  
**M. Lorenzen**  
**A. Christiansen.**  
Die Zahlfelle verliert in ihnen treue Mitglieder und wird ihr Andenken stets in Ehren halten.  
Der Vorstand der Zahlfelle Plensburg.

[M. 4,20] **Nachruf.**  
In einem Lazarett nach einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, mein lieber Mann und unser guter Vater, der Bäcker  
**Ferd. Schreiber.**  
Dies zeigen schmerzerfüllt an  
**Auguste Schreiber und Kinder.**  
Rüstenwalde a. d. Spree, Herrschaft 13, 1. Et.

Suche für meinen Sohn, der schon zwei Jahre Bäcker und Konditor gelernt hat, eine gleiche  
**Lehrstelle.**  
[M. 3,50] **Otto Pahlow, Berlin-Wilmersdorf,**  
Pariser Straße 3. Amt Hallesberg 2132.

**„Kuchenreutich“**  
bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen.  
Probeflasche M. 7,50, von 5 kg um à M. 7. Sehr zu empfehlen!  
**Liebing & Co., G. m. b. H.,**  
Seipzig-Bl. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Derfuss, Schmelzmeister, Heugasse 2, 1. Et.**

**Extrakte, Essenzen, Farben.**  
Mandelextrakt ..... à Kilo M. 65  
Apfelsinenbalneextrakt ..... " 30  
Süßholzwurzel ..... " 25  
Kamille ..... " 40  
Santale ..... " 45  
Butteraroma ..... " 40  
Probierprobe von obigen sechs Sorten je ein Viertel Kilo M. 65, je ein achtel Kilo M. 34  
erhalten Köchen ab Leipzig.  
[M. 8] **Liebing & Co., G. m. b. H.,**  
Seipzig-Bl. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

**Zitronensaft.**  
Marke „Zitronen-Blüte“.  
Qualitäts-Produkt aus reinen Messinafrüchten unter Mitverwendung von Zitronensäure und Aroma etc., vollständig rein und aromatisch schmeckend wie reine Zitronenfrüchte.  
**Unentbehrlich für alle Konditoreien.**  
Kann noch in Demijohns von 10 Litern an aufwärts abgegeben werden. Zitronensaft wird gesüßt, leicht ungesüßt und ungesüßt geliefert.  
Aufträge erbittet sofort: [M. 26]  
**„Lloyd“** Nahrungsmittel- und Getränke-Industrie  
**Devese-Hannover.**  
Angestellte ca. 200. Niederlagen an 3000 Plätzen Deutschlands.